

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königl. Land- und des Königl. Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Bezugs-Preis... Die Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Postämtern 10 Pf.

Anzeigen-Preis... Die 6 gespaltene Zeile 25 J. ... Abdruck und Verlag von H. Volk in Leipzig.

Nr. 549.

Donnerstag den 27. Oktober 1904.

98. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Eine offizielle Erklärung besagt, daß König Friedrich August an eine Wiedervereinbarung mit der Gräfin Montignoso ein für allemal nicht denkt. ... Die Umgestaltung des österreichischen Ministeriums zu Gunsten der Tschechen wird im Wiener Fremdenblatt offiziell entlehnt.

Wir warnen.

Der Bundesrat ist trotz aller Abmachungen im Begriff, sich in den lippsischen Thronfolgestreit zu vertiefen, um darüber zu befinden, ob dem Einspruch der Regierung von Schaumburg-Lippe gegen das lippsische Landesgesetz vom 24. März 1898, wodurch der älteste Sohn des Regenten als dessen Nachfolger berufen wurde, nachgegeben sei.

Rimmter Anhaltspunkte in diesem Augenblick allen Grund. Ein Gedanke namentlich, dessen Ursprung hier anzudeuten überflüssig ist, würde unserer Meinung nach, wenn er im Bundesrat Form und Gestalt gewänne, die schlimmsten Verwirrungen nach sich ziehen, und es ist der: den neuen Schiedsgericht einem Fürstengericht anzubehalten! ... Die russisch-englische Konflikt.

Der russisch-englische Konflikt.

Aus Petersburg wird der „Allg. Ztg.“ die wohl auch nur auf Stimmungsberichte angewiesen ist, gemeldet: Hier besteht die Überzeugung, daß der Zwischenfall in der Nordsee keine Verwickelungen nach sich ziehen wird.

Die Stimmung in London.

Die Stimmung ist, wie der „Allg. Ztg.“ gemeldet wird, fortgesetzt hochherzig, da die letzten 24 Stunden zur Klärung der Lage nichts beigetragen haben.

Aus Washington.

Meldet die „New York World“, die englische Regierung habe das Staatsdepartement über seine Ansicht, betreffend den Nordsee-Zwischenfall, befragt, eine gemeinsame Aktion vorgezogen und die Frage angeregt, ob es nicht ratsam sei, die russische Flotte wegen schlechter Führung und Inkompetenz anzuhaltend.

Konferenzen und Maßnahmen.

Nach einer Depesche aus London hielten Salfer, der erste Lord der Admiralität, Selborne, der Staatssekretär des Auswärtigen, Bondstone, der Attorney-General Finlay, Prinz Louis von Battenberg, der Direktor des Nachrichtenbureaus der Admiralität, nachmittags eine Beratung ab.

Die russische Motivierung. Wie der Petersburger Berichterstatter des „Daily Express“ erzählt, soll die russische Regierung bereits den Bericht des Admirals Kojtschewsky über den Vorgang in der Nordsee empfangen haben.

Der Aufstand in Südwestafrika.

Sollfreiheit für Sendungen an unsere Truppen.

Die „Allg. Ztg.“ schreibt: Die Blättermeldung, welche nur auf einem Missverständnis beruhe, nach der in Südwestafrika Sendungen an die Mannschaften des Expeditionskorps nur als Postpakete zulässig seien, für die Offiziere aber auch als gewöhnliche Pakete, die Norddeutsche sagt hierzu, allerdings wurde der Gouverneur zunächst telegraphisch angewiesen, Postpakete zulässig zu erklären.

Berichtigungen zur Verlustliste.

Oberst von dem 25. Oktober meldet aus Rehoboth am 21. Oktober: Im Kampfe gegen ausführende Wälder gefallen: Harmer, ehem. Reiter, Otto Meinig, geboren 15. 6. 72 zu Dresden, früher im Infanterie-Regiment Nr. 46.

Der russisch-japanische Krieg.

Von der Front.

Die „Agence Havas“ meldet aus Wladivostok vom 25. Oktober: Die Truppen leiden sehr unter der Kälte, die ganze Gegend bis auf 30 Meilen südlich von Wladivostok ist vereiselt. Die Wege bieten einen sehr schwierigen Verkehr.

Verordnungen gegen die russischen Gefangenen.

Nach einer Reuterschen Depesche aus Tokio veranlaßten die von russischen Kriegsgefangenen in Japan gemachten Flüchtlerversuche und Angriffe auf ihre Wälder, sowie andere Subordinaten die Einführung einer Reihe von Verordnungen. Derselben bestimmen: Gefangene, die sich ihren Wäldern nähern, werden eingesperrt.

Deutsches Reich.

Abgabe an die Gräfin Montignoso. Das „Dresdener Journal“ meldet: Einige Blätter haben erneut die Frage aufgeworfen, ob die Gräfin Montignoso

an den königlichen Hof zurückkehren und Se. Majestät der König geneigt sein würde, sich wieder mit ihr zu vereinigen. Wie wir aus zuverlässiger Quelle wissen, besteht auch nicht die entfernteste Aussicht dafür, daß es jemals zu einer Wiedervereinbarung kommen könnte.

Versteht man möchte sagen erzwungen ist diese neue Rundgebung in Sachen der Gräfin Montignoso durch nimmernde Unterdrückungen in Sachsen. Zum Teil mögen diese ungeklärten, jedoch nicht ohne unedle Motive, wie Mitleid mit einer in die Irre gerathenen, hart gestraften Frau, entspringen sein und als Ziel wirklich das angegebene der Rückkehr der geschiedenen Kronprinzessin nach Dresden haben.

König Friedrich August und die evangelische Landeskirche. Ueber die Haltung einer Aberrung der evangelisch-lutherischen Landeskirche wird aus Dresden amtlich gemeldet: Auf die von dem Präsidenten Dr. von Zahn namend der evangelischen Geistlichen und von dem Kirchenprediger Dr. Ademann gehaltenen Ansprachen gerühte der König in überaus gnädiger und freundlicher Weise für die ausgesprochenen Beileidigungen und Bittgesuchen zu danken und mit dem Wunsch, daß dies beklagt werden möchte, die Berücksichtigung auszusprechen, daß die evangelisch-lutherische Landeskirche auch unter seiner Regierung auf denselben Stand und die gleiche landesherrliche Fürsorge rechnen dürfe, die sie unter seinen erlauchten Vorgängern auf dem Thron genossen; in deren Sinne überhaupt die Regierung zu führen sei des Königs Wille.

Prinz Johann Georg auf der Front. Am Münchener Hofe erwartet man in nächster Zeit den Besuch des Prinzen Johann Georg von Sachsen, der dem Prinzenregenten die Thronbesteigung seines Vaters notifizieren wird. Daß die Wahl gerade auf diesen Prinzen fiel, bringt man in einzelnen Kreisen mit einer Abkehr des Prinzen in Verbindung, zugleich Brautwahl in München zu halten.

Verstorbene Handelsvertragsverhandlungen. Der deutsche Handelsrat hat bereits vor Monaten die Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß die Uebereinkunft über das Inkrafttreten des neuen Zolltarifes und der neuen Handelsverträge möglichst rasch bewirkt werden müsse. Inzwischen ist aber keine offizielle Verhandlung erfolgt und Handel und Industrie leiden unter dieser Unsicherheit. Der Vorstand des deutschen Handelsrates hat sich daher am 17. Oktober aus dem Reichstagler gegenüber und gebeten, daß der Tag bekannt gegeben werde, bis zu welchem die geltenden Verträge in Kraft bleiben sollen. In den schon abgeschlossenen Verträgen ist ja dieser Tag sicher festgesetzt worden und es ist unerlässlich, inwiefern etwas durch seine Veröffentlichung die noch stehenden Verhandlungen beeinträchtigt werden könnten. Im Gegenseite, den noch widerstrebenden aber in sich selbst noch uneinigten Staaten würde nicht durch diese Veröffentlichung der Ernst der Situation klar gemacht werden. Es ist ja wohl anzunehmen, daß der 1. Januar 1906 den Beginn der neuen Ära bezeichnen wird; aber es wäre doch wünschenswert, daß der Reichstagler dies ausdrücklich feststellen ließe, damit, wie die Eingabe des deutschen Handelsrates sagt, das geschäftliche Leben endlich aus dem schweren Ab der Unsicherheit befreit werde, das nun schon so lange und so verwerlich auf ihm lastet hat.

Berlin, 26. Oktober.

Die Sozialdemokratie als Mittel der göttlichen Vorsehung. Dem bayerischen Zentrum ist es recht unbehagen, daß ihm sein Vorkommen an die Gunst der Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen ausgesetzt wird. Deshalb arbeitet das offizielle Zentrumsbüro in der Demonstration charakteristischer Reserven von Zentrumsgroßen. So war dem Sozialdemokraten Kohl vorgeschlagen worden, er habe die Sozialdemokratie ein Produkt göttlicher Vorsehung genannt. Demgegenüber stellt das Zentrumsbüro fest, Herr Kohl habe nur gesagt, man könne eine Fügung der göttlichen Vorsehung darin erblicken, daß die Sozialdemokratie im gegenwärtigen Elemente so hart sei und die